

Arbeiterblatt

der
PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 110

Juli 1957

Reallohnraub mit Hilfe von SP und Gewerkschaftsbürokratie

Seit vielen Jahren treibt die Kapitalistenklasse ihre Ausbeutungsoffensive gegen die Arbeiter (die Angestellten stets inbegriffen) immer gründlicher vor, heute vor allem durch das kapitalistische () Steigern der Produktivität. Am Leiten, Organisieren, Betreiben dieses Ausbeutungsfeldzuges vom Produktivitätszentrum aus nehmen SP und Gewerkschaftsbürokratie paritätisch teil (d.h. in gleicher Zahl wie die Ausbeuterklasse). Seit 1952 haben sie so geholfen, die kapitalistische Produktivität um 27% zu steigern!!! Das Resultat: Riesig anschwellende Profite für die Kapitalistenklasse, immer ansehnlichere Judaslöhne für die Sozialbürokratie und unausgesetzt steigende u n b e z a h l t e Arbeit, Ausbeutung für die Arbeiterklasse.

Einen Teil, rund ein Drittel der aus den Arbeitern herausgepressten unbezahlten Arbeit, gewährte die Kapitalistenklasse den Arbeitern in Form einer von SP und Gewerkschaftsbürokratie "erkämpften" "Lohnverbesserung". Der Zweck: die Arbeiter zu "beruhigen", möglichst vom Widerstand gegen diese von Ausbeuterklasse und Sozialbürokratie gemeinsam vorgetriebene Ausbeutungsoffensive abzuhalten. Mit dem Abflauen der Hochkonjunktur werden jedoch die Kapitalisten immer weniger gewillt, diese "Lohnverbesserungen" zu gewähren.

Mag der Profit noch so wachsen, die Ausbeuterklasse hat davon nie genug, sie will einen noch größeren Profit. Seit Monaten arbeitet sie mit allen Mitteln daran, auch von der Lohnseite her den Profit zu vergrößern: durch Senken des Reallohns

mittels immer weiteren Vortreibens der Teuerungsoffensive (höhere Preise, Tarife, indirekte Steuern). So raubt sie auch die von ihr gewährte "Lohnverbesserung", in manchen Fällen auch mehr zurück. Auch da helfen SP und Gewerkschaftsbürokratie nach Kräften mit, ihren Verrat an den Massen mit Verschweigen, Lügen und glattem Betrug bemäntelnd. Sie lassen Oberbürokrat Böhm aufmarschieren, der die Arbeiter und Angestellten möglichst wirksam überreden, sie nach allen Regeln der Kunst täuschen, einseifen, überlisten soll (siehe AZ 21.5.57): Im Interesse der (Profit)"Wirtschaft", "der Konkurrenzfähigkeit" (d.h. des Profits!) unserer (kapitalistischen!) Exportindustrie", "der Stabilisierung (d.h. des "ungestörten" Einsackens immer höherer Profite durch die Kapitalistenklasse!) - sollen die Arbeiter und Angestellten "Disziplin" halten. Sie sollen den durch die kapitalistische Teuerungsoffensive vorgetriebenen Reallohnraub w i d e r s t a n d s l o s hinnehmen!

Besondere Aufmerksamkeit schenkt Herr Böhm der paritätischen (Lohnstop!)Kommission - aber die Namen der "Arbeitervertreter", die darin zusammen mit der Kapitalistenklasse, am Beschwindeln, Begaunern der Arbeiter, am Reallohnraub mithelfen, die "vergisst" er zu erwähnen. Die Tätigkeit dieser Kommission soll den Arbeitern vorspiegeln, daß auch die Kapitalisten "Zurückhaltung" im Preissteigern üben. Mit diesem Betrug will die verkommene Sozialbürokratie den Arbeitern die

"Zurückhaltung auf dem Lohnsektor", den Lohnstopp schmackhaft machen.

Lest weiter, wie Böhm die Wahrheit ins glatte Gegenteil umlügt: "Der ÖGB und die Gewerkschaften (die Gewerkschaftsbürokratie!) haben sich (den Arbeitern und Angestellten!!!) ...auf dem Gebiet der Löhne "freiwillige" Zurückhaltung auferlegt (aufgezwungen!)". Dann- und die schwindelsozialistische AZ bringt das in Fettdruck - sagt er den Arbeitern klipp und klar: "Keine neuen Lohnforderungen", und falls das nicht genügen sollte, droht er ihnen noch "daß der Gewerkschaftsbund (dh die Gewerkschaftsbürokratie) bereit ist, seinen ganzen Einfluß in dieser Richtung (dem Lohnstopp zu Gunsten der Ausbeuterklasse) geltend zu machen".

Daß der kapitalistischen Teuerungsausbeutungsoffensive durch Kampf, ernstesten, organisierten Massenkampf ein Ende gemacht werden könnte; daß als erster Schritt in dieser Richtung Straßendemonstrationen der Arbeiter in allen Städten Österreichs organisiert, durchgeführt werden müssten; daß das Öffnen der Grenzen für die freie Einfuhr der versteuerten oder mit Teuerung bedrohten Waren, daß die Abschaffung der Warenumsatzsteuer, durch diese Mas-sendemonstrationen erzungen werden könnte; - das verschweigt Böhm! Das würde das "Gleichgewicht", die "Zusammenarbeit", dh die Ko-lition der SP und Gewerkschaftsbürokratie mit der Bourgeoisie unmöglich machen. Da wäre es aus mit all den Ehren, einträglichen Posten (besonders im kapitalistischen Staatsapparat!!!), ausgiebigen Judaslöhnen, die die Sozialbürokratie für ihren niederträchtigen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse von der Ausbeuterklasse erhält.

Daher betont Böhm immer wieder die "Notwendigkeit" (für den Profit) der "Zurückhaltung" dh des Lohnstopps der Arbeiter und Angestellten -um ihnen einzureden, daß dagegen Nichts zu machen sei. So sucht er von allem Anfang an ihren Kampfwillen zu unterbinden, nicht aufkommen zu lassen, es den Kapitalisten zu erleichtern, die Teuerungsoffensive, den Reallohnraub weiter zu treiben, um

ihre Profite auf Kosten der Massen, in erster Linie der Arbeiter und Angestellten, noch zu steigern.

Was Böhm schreibt, die AZ druckt, das ist die Politik der SP und ihrer Gewerkschaftsbürokratie! Da, Arbeiter, habt Ihr einen klaren Beweis, daß diese Sozialbürokraten die Interessen des Profits, der Kapitalistenklasse, über die Interessen des Lohns, der Arbeiterklasse stellen, daß die SP eine kapitalistische Partei, die Gewerkschaftsbürokratie eine kapitalistische Kraft, die AZ eine kapitalistische Zeitung!!!

Arbeiter und Angestellte! Ihr müsst den wahren, den kapitalistischen Charakter der SP und ihrer Gewerkschaftsbürokratie erkennen, müsst aus dieser Erkenntnis die unumgänglichen Konsequenzen ziehen:

Bruch mit der schwindelsozialistischen SP, die beim Reallohnraub mithilft, die Euch der kapitalistischen Teuerung-, Ausbeutungsoffensive ausliefert!

Bruch auch mit der verräterischen Stalinbürokratie, mit ihrer schwindelkommunistischen KP, die der SP diese Judasrolle ermöglichen!

Aufbau einer wahren, proletarischen Klassenpartei, einer proletarischdemokratischen Arbeiterpartei! Sie muß wirksame organisatorische Garantien schaffen gegen die Gefahr eines neuen Verbürokratisierens!

Diese Partei allein kann den Kampf um die proletarischdemokratische Reform der Gewerkschaften erfolgreich führen! Sie allein kann die Massen in den und im Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Teuerung, für die proletarische Demokratie, führen! In der proletarischen Demokratie müssen die Arbeiter, Angestellten, Kleinbürger, Kleinbauern, diese ungeheure Volksmehrheit unter Führung der Arbeiterklasse in Staat und Wirtschaft bestimmen und kontrollieren! Die proletarische Demokratie allein schafft die notwendigen Voraussetzungen für den Übergang zum wahren, demokratischen Weltsozialismus!

Darum, Arbeiter und Angestellte
Vorwärts zum Aufbau der prole-
tarischdemokratischen Arbeiterpar-
tei!

Vorwärts zur Stärkung der prole-
tarischen Klassenkämpfer, die die
vorbereitende Arbeit dafür auf
sich genommen haben:

Stärkt die PROLETARISCHE VEREINI'
GUNG ÖSTERREICHS !!!

R.St. 8.6.57

Der Hauptzweck des Mutter-
schutzgesetzes

Vor zehn Jahren waren etwa 30%
der Beschäftigten, Ausgebeuteten in
Österreich Frauen. Heute sind es be-
reits 40% und dieser Prozentsatz
steigt weiter. Warum? Weil
der Lohn des österreichischen Ar-
beiters und Angestellten immer
weniger ausreicht, seine Familie zu
erhalten. Daher sind immer mehr
Frauen g e z w u n g e n, sich in
den kapitalistischen Betrieben aus-
beuten zu lassen. So kommt es zum 1
16-Stunden-Tag von Mann und Frau.

Diese 16 stündige tägliche Ar-
beit ist zu einem immer größeren
Teil u n b e z a h l t e Arbeit.
Dafür sorgt das kapitalistische (!)
Steigern der Produktivität, das vom
Produktivitätszentrum aus parität-
tisch von der Kapitalistenklasse
zusammen mit SP und Gewerkschafts-
bürokratie vorgetrieben wird. Die
Ausbeutung nimmt so fortwährend zu.
Bei weitem mehr, als der Lohn der
Arbeiter und Arbeiterinnen. So
schaut die "Besserung" des Lebens-
standards der Arbeiter (Angestellte
stets inbegriffen) aus! Kein Wun-
der, daß die sonst so redselige SP,
samt ihrer AZ, gerade über diese
Tatsachen gründlichst schweigt...

Diese 16 stündige tägliche Ar-
beit zerstört die Arbeiterfamilie.
Die unausgesetzt steigende An-
spannung, Ausbeutung im Betrieb
ermüdet die Arbeiter und Arbei-
terinnen immer mehr. Abends kommen
die Arbeitereltern erschöpft nach
Hause, müssen noch die Haushalts-
arbeit besorgen. Sie haben nicht
die Zeit, nicht die Kraft, sich
ernstlich um die Kinder zu küm-

mern.

Mit Recht nimmt die Unzufrieden-
heit, Erbitterung der Arbeiter und
Angestellten, besonders der Frauen,
darüber zu! Die SP sieht: das könn-
te dem "ruhigen" Fortgang der
Profitproduktion schaden! Da
springt die SP mit ihrem Mutter-
schutzgesetz ein, damit der Pro-
fit für die Bourgeoisie, der Ju-
daslohn für die Sozialbürokratie
"in Ruhe" weitergließe. Heuchlerisch
versichert die AZ (12.6.57), daß die-
ses Gesetz vor allem den jungen
Arbeiterinnen zugute kommen
soll: "Sie, die einen Haushalt und
eine Familie gründen wollen, sol-
len in Ruhe (!) arbeiten und
m i t v e r d i e n e n können,
sie sollen dabei aber nicht auf
das Kind verzichten müssen". Mit-
verdienen, weil der Lohn des Ar-
beiters nicht zur Gründung eines
Haushalts, einer Familie ausreicht!

Arbeiter und Angestellte! Der
wahre Hauptzweck dieses (kapitali-
stischen!) Sozialgesetzes ist:
es soll das Hereinzwängen von im-
mer mehr Frauen in die Ausbeuter-
buden ermöglichen - zugleich aber
die sich daraus ergebenden, für die
Arbeiterfamilie äußerst schädlichen
Folgen, etwas mildern, den Arbeiter-
eltern etwas erträglicher machen.
Damit sie sich "in Ruhe" (dh ohne
Widerstand) weiter und immer mehr
ausbeuten lassen, heute vor allem
durch das kapitalistische Steigern
der Produktivität, an dem SP und
Gewerkschaftsbürokratie sich nach
Kräften beteiligen... So schauen
diese schwindelsozialistischen
"Vorkämpfer des Familienglücks"
der Arbeiter und Angestellten aus!

Wir sind keineswegs dagegen,
daß die Frauen im Betrieb arbeiten.
Gerade die Erfahrungen im Betrieb
werden schließlich dazu führen,
daß die Frauen in allen Fragen
der menschlichen Gesellschaft mit-
reden, mitbestimmen werden. Aber 8
Stunden tägliche Arbeit sind beim
heutigen Stand der Produktion uner-
träglich und unnötig. Sind nötig
nur für die Ausbeuterklasse, für
den Profit und für die Profitla-
kaien: die SP und ihre Gewerkschafts-
bürokratie.

Wir sind keineswegs dagegen,
den Arbeiterinnen ihr Los im Aus-

ARBEITERKORRESPONDENZ

Neues Kartellgesetz .

Seit 1945 macht die österreichische Wirtschaft eine Konjunkturperiode durch, die ohne Beispiel in der Geschichte der österreichischen Kapitalisten ist. Industrie und Handel erzielten und erzielten unermessliche Gewinne.

Ein wirksames Antikartellgesetz hätte eine freiere Konkurrenz unter den Kapitalisten geschaffen und regulierend auf die Preise gewirkt. Das hätte sich besonders bei Haushaltsgeräten ausgewirkt (Staubsauger, Eiskasten usw), alles Gegenstände, deren Preise durch die Kartelle besonders hochgehalten werden. Wäre zur rechten Zeit ein Antikartellgesetz geschaffen worden, hätte sich so mancher Arbeiterhaushalt leichter diese zeitsparenden Geräte anschaffen können.

Bisher hat die SP in dieser Richtung nichts Entscheidendes unternommen, nur immer wieder darauf hingewiesen, daß ein neues Kartellgesetz geschaffen werden müßte.

Nun, wo die Anzeichen der Konjunkturabschwächung deutlich festzustellen sind, kommt der Justizminister Tschadek (SPÖ) mit dem Entwurf eines neuen Kartellgesetzes (Bericht der "Presse" vom 6.6.57), zu einem Zeitpunkt, wo infolge Abschwächung der Konjunktur die Kartelle an Wichtigkeit verlieren.

Je heftiger die Krise wird, umso schärfer wird der Konkurrenzkampf innerhalb der Kapitalistenklasse. Die Kartelle verlieren ihren Wert und an ihre Stelle tritt die "freie Preisbildung".

Während bei den Massen der Arbeiter und Angestellten der Eindruck des Kampfeswillen gemittelt wird, weiß die SP-Führung ganz genau, daß zu einem Zeitpunkt, wo die Konjunktur bereits abflaut, ein neues Kartellgesetz zwecklos ist.

Wir Arbeiter und Angestellte brauchen eine, der Arbeiterklasse treu ergebene Partei, die ernsthaft unsere Interessen vertritt. Helft mit, diese zu schaffen!

beutungssystem zu erleichtern. Wir unterstützen den Kampf um die kleinste sozialpolitische Verbesserung. Aber wir sind verpflichtet, der Arbeiterklasse, den Massen, die volle Wahrheit zu sagen, ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken: Daß der Gesamtschaden, den die Politik der SP und Gewerkschaftsbürokratie der Arbeiterklasse zufügt, vor allem indem sie das Steigender kapitalistischen Ausbeutung unterstützt, ermöglicht, bei weitem den Nutzen übersteigt der "Erfolge" der SP und der Gewerkschaftsbürokratie, der sozialpolitischen "Erfolge", zB das Mutterschutzgesetz, mitgerechnet!!!

Am Hauptzweck des Mutterschutzgesetzes können die Arbeiter und Angestellten das wahre Wesen der SP erkennen: sie dient nicht den Interessen der Arbeiterklasse, sie dient den Interessen der Kapitalistenklasse, sie ist ihrer Politik nach eine kapitalistische Partei; sie dient nicht den Interessen des Kampfes für den proletarischen Sozialismus, sie dient den Interessen des Kampfes für das weitere Aufrechterhalten des Kapitalismus. Sie ist die Partei des Schwindelsozialismus zum Unterschied von der stalinbürokratischen Partei, dieser Partei des Schwindelkommunismus.

Die Arbeiter müssen mit diesen Verratsparteien brechen. müssen sich eine echte Arbeiterpartei, eine proletarischdemokratische Arbeiterpartei aufbauen. Sie muß genügend starke Garantien gegen eine neuerliche bürokratische Entartung schaffen, daß keine Schmarotzerbande, wie die sozialbürokratische oder stalinbürokratische, noch irgend eine andere, sich nochmals entwickeln kann, die Kampfkraft der Arbeiter für ihre eigenen, selbstsüchtigen Zwecke mißbraucht.

Nur eine proletarischdemokratische Arbeiterpartei, Arbeiterinternationale kann den Kampf zur Überwindung des Kapitalismus, zur Errichtung der proletarischen Demokratie siegreich führen! Nur der Sieg der proletarischen Demokratie führt zum demokratischen Weltsozialismus!

R.St.

8.6.57

+++++

+++++

Sozialpolitik - von der Unter-
nehmerseite gesehen

Des öfteren können wir in der AZ und den Gewerkschaftszeitungen lesen, oder in Betriebs- und Parteiversammlungen hören: "Österreich hat die beste Sozialgesetzgebung".

Schauen wir, wem diese Sozialgesetzgebung die saftigsten Früchte bringt. Die Tageszeitung "Presse" vom 5.5. 1957 hilft uns dabei. Sie bringt auf Seite 15 einen Artikel: "USA: gute Sozialpolitik macht sich bezahlt". Wir zitieren daraus "...eines der ersten Unternehmen, das dieses "Dien-Motiv" über das "Verdien-Motiv" stellte und dennoch in seinen Profiten nicht zu kurz kam, war die IBM-Internationale Büromaschinengesellschaft, die unter ihrem Präsidenten Thomas Watson von einem bankrotten Firmchen zu einem Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 730 Millionen D (1956) answoll... Er gehörte zu den ersten, die die Löhne beträchtlich hoben, um die finanzielle Sicherheit und Zufriedenheit ihrer Arbeitnehmer und damit wieder deren Kaufkraft und Arbeitsleistung zu heben...

...Besonderen Erfolg hatte die Firma auch finanziell - durch das betriebliche Vorschlagswesen, das Prämien von 10 bis 5000 D für brauchbare Verbesserungsvorschläge auswirft. So wurden 1955 von den 50.000 amerikanischen IBM-Angehörigen allein 106.000 Vorschläge eingereicht, von denen 19.000 angenommen und prämiert wurden, was IBM über 1/2 Million kostete. Die Firma gibt allerdings freimütig zu, daß die Ersparnisse diesen Betrag weit überschreiten...

...Das Erstaunlichste freilich ist, daß diese gewiß teure Sozialpolitik außerordentlich profitabel für die Firma wie für die Arbeitnehmer ist. So hat sich das Nettoeinkommen der IBM von 61 Millionen D im Jahre 1950 auf 143 Millionen D im Jahre 1956 gesteigert. Denn nach Thomas Watson ist gute Sozialpolitik auch eine gute Geschäftsarithmetik..."

Arbeiter und Angestellte! Was sagt Ihr dazu?

Es ist daraus klar ersichtlich, daß der, der seine Milchkuhe in einem guten Stall stehen hat und gut füttert, den größeren Ertrag hat. Aber Milchkuhe bleiben wir doch.

Der deutsche Arbeiterdichter Tucholsky hatte diese ganze "Sozialpolitik" in einen einzigen Satz zusammengefaßt.

"Das ist der Pfennig, wo bleibt die Mark?"

Arbeiter, Angestellte! Immer, wenn man uns einen Bissen hinwirft und denselben mit Sozialpolitik überschreibt, dann müssen wir ganz genau hinschauen, wohin der kleinere Teil fällt und wer den größeren Teil an sich reißt. Wir müssen immer beurteilen vom Standpunkt der Ausbeuteten und dem der Ausbeuter. Wir werden dann sehr bald die Sozialpharisäer erkennen und durchschauen.

+++++

Stalinbürokratische Hoffnungen-
und die Tatsachen

Vor kurzem erklärte der stalinbürokratische Oberparasit Chruschtschew als wirtschaftliche Hauptaufgabe der Stalinbürokratie! "Sie (die vorgeschrittenen kapitalistischen Länder) einholen und überholen", und er fügte auch prahlerisch hinzu: "Wir (die Stalinbürokratie) werden es tun" - unter Fortsetzung der stalinistischen Bankrott- und Verratspolitik. Die Vergangenheit beweist, daß das Phrasengedresch ist.

Schon vor dem 2. imperialistischen Weltkrieg prahlte die Stalinbürokratie mit dem "Einholen und Überholen" der vorgeschrittenen kapitalistischen Länder, vor allem der USA. Dank der Errungenschaften der Oktoberrevolution und der übermenschlichen Leistung der russischen Arbeiter hatte sich das rückständige Rußland am Vorabend des 2. Weltkrieges emporgearbeitet. Nicht zum Sozialismus, wie Stalin & Co schwindelten, aber immerhin zur beträchtlichen Höhe von ca 60% des Produktionsapparates, der Produktionsleistung der USA. Es hatte dieses vorgeschrittenste kapitalistische Land nicht eingeholt, aber hatte riesig aufgeholt, hatte den zweitgrößten Produktionsmechanismus der Welt.

Die stalinistische Bankrott- und Verratspolitik, in faktischem und

tatsächlichem Zusammenspiel mit der schwindelsozialistischen Bankrott- und Verratspolitik der SP, LP und ihren Gewerkschaftsbükratien, hatte schon das Weltproletariat, die Weltmassen von einer Katastrophe in die andere geführt. Schließlich ermöglichte sie der Weltbourgeoisie das 2. imperialistische Weltgemetzel. In der ersten großen Etappe dieses Krieges bis 1945 wurde ungefähr die Hälfte des Produktionsapparats der SU zerstört, während die USA ihren Produktionsmechanismus zur selben Zeit um mindestens 20% vergrößerten. Dank der stalinistischen Bankrottpolitik wurde daher die SU im Verhältnis zur USA von 60:100 auf 30:120 oder 25:100 zurückgeworfen, ein ungeheurer Rückschlag. Sie hatte schon weit über die Hälfte aufgeholt, jetzt war sie auf $\frac{1}{4}$ des amerikanischen Produktionsapparats zurückgeworfen.

Durch größte Anpeitschung und Schinderei der russischen Massen, durch systematisches Aussaugen und Ausplündern der Arbeiter und armen Bauern der "Volksdemokratien" ist es der Stalinbürokratie seit 1945 gelungen, die Produktionskapazität der SU wieder beträchtlich zu vergrößern, in vielen Beziehungen sogar über die Stufe von 1939 zu heben. Trotzdem gibt es in der Su keine "sozialistische" Planwirtschaft, keinen "Sozialismus", wie die Chruschtschew & Co schwindeln, wohl aber ein zentralisiertes bürokratisches Wirtschaftssystem. Dieses wirkt - objektiv - als Wegbereiter auf einen russischen, den Ostblock umfassenden, modernsten Monopolkapitalismus, zum Einholen und Überholen des amerikanischen Monopolkapitalismus.

Wieder hat die SU den zweitgrößten Produktionsapparat der Welt. Aber die USA-Bourgeoisie hat die Zeit seit 1945 auch nicht ungenutzt verstreichen lassen. Das Verhältnis von 60:100 zur amerikanischen Produktionsmaschine hat die Stalinbürokratie noch nicht wiedererlangt. Der Beweis:

1. Stahl: 1956 wurden in der SU 45 Mill t produziert. Doch am 1.1.57 war die USA-Kapazität 133 Mill t. - Praktisch dreimal so groß! Die Produktivität der russi-

schon Stahlindustrie: 57 t pro Arbeiter im Jahr; die der amerikanischen: 170 t. - Also dreimal so hoch!

2. Aluminium: SU-Produktion in 1956: 560.000 t. USA-Produktion: in 1956: 1.520.000 t. - Wieder beinahe das Dreifache! (Die Aluminiumproduktion ist außerordentlich wichtig: der Flugzeugbau, daher der rasche Massentransport von Truppen und Kriegsmaterial hängt in hohem Maße von ihr ab).

Diese Zahlen helfen die neueste wirtschaftliche Umgruppierungskampagne ("Dezentralisation") der Chruschtschew, Molotow, Malenkow & Co zu erklären: Sie soll die Produktion der SU, besonders die Schwerindustrie, so schnell als möglich entwickeln. Da die revolutionsverräterische Stalinbürokratie die proletarische Demokratie systematisch abwürgt, die bestimmende und kontrollierende Rolle der Sowjetmassen liquidiert hat, muß die "Dezentralisation" zwangsläufig zur Stärkung der Wirtschaftsbükratie führen. Diese ist eine der Hauptquellen der neukapitalistischen gegenrevolutionären Elemente; die die Stalinbürokratie gegen ihren Willen, durch die zwangsläufigen Wirkungen ihrer reaktionären Politik in sich und um sich herum züchtet.

Diese Zahlen beleuchten auch das stalinbürokratische Ringen um "Koexistenz", dh. um möglichst lange Zeit Ruhe, um den amerikanischen Monopolkapitalismus einholen und überholen zu können. Das heißt die Stalinbürokratie innerhalb 20 Jahre (!!!) zu leisten und auf weitere Sicht der vereinten Produktivkräfte der SU und Mao-Chinas auf eine Stufe zu heben, wo sie den Produktionsapparat der Weltbourgeoisie übertreffen! Um diese gewaltige Atempause zu erhaschen, ist die verkommene Stalinbande wie bisher bereit, das Weltproletariat, die Weltmassen auf das gründlichste und schändlichste zu verraten, zu verschachern (siehe Frankreich und Algerien).

Die USA-, die Weltbourgeoisie müßten aber, von ihrem Standpunkt aus gesehen, ausgemachte Trottel sein, der Stalinbürokratie diese lange Atempause zum Ausbau ihres

Produktionsapparates, zum Überwinden ihrer inneren wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten zu gewährleisten. Daß die Weltbourgeoisie das nicht tut, beweisen schon ihre Anstrengungen, mit allen Mitteln die Gegenrevolution im Ostblock zu entfesseln, vorzutreiben. Diesesmal wollen die Weltimperialisten den noch keineswegs beendigten 2. imperialistischen Weltkrieg siegreich zu Ende führen, um ihr Ausbeutungssystem für längere Zeit weiter profitabel betreiben zu können.

Nur die siegreiche Weltrevolution unter proletarischrevolutionärer Führung kann das verhindern! Siegreich, wenn sie auf der richtigen Linie, mit proletarischer Strategie und Taktik geführt wird. Eine Strategie und Taktik, mit der der Kampf gegen die zwei Hauptfeinde der Weltarbeiterklasse, der proletarischen Weltrevolution, in richtiger Rangordnung geleitet wird: Der Kampf für den Sieg der Weltmassen über die imperialistischen Räuber, über die kapitalistische Gegenrevolution in jeder Gestalt und - in Unterordnung darunter - für den Sturz der stalinbürokratischen Revolutionsverräter, Revolutionsmörder, für die tiefgreifende proletarischdemokratische Reform der entarteten SU und der "Volksdemokratien".

Dieser Kampf allein ist zugleich der einzig wirksame Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, gegen den imperialistischen Raubkrieg! Der dauernde Sieg dieses Kampfes allein sichert endgültig, daß die Menschheit von Krieg zwischen Menschen frei bleibt. Der dauernde Sieg dieses Kampfes allein schafft die notwendigen Voraussetzungen zum gewaltigsten planmäßigen Heben der Produktivkräfte der SU, Chinas, der ganzen Welt: Die proletarische Demokratie! Sie allein führt in den demokratischen Weltsozialismus, letzten Endes in die klassenlose, staatenlose, parteilose, brüderliche Weltgenossenschaft aller Menschen ohne Unterschied!

Doch jene proletarischrevolutionäre Führung, die wirkliche Arbeiterpartei, die proletarische Klassenpartei fällt nicht vom Himmel. Sie muß erst aufgebaut werden! Aufgebaut als proletarischdemokratische Arbeiterpartei, die verstärkte Sicherungen schaffen muß gegen die Gefahr des Verbürokratisierens von Partei, Massenorganisationen, Staat und Wirtschaft. Das ist die heutige Hauptaufgabe aller proletarischen Klassenkämpfer!

10.5.1957

R.A.

+++++

STÄRKT DIE "PROLETARISCHE VEREINIGUNG ÖSTERREICHS, DIE DIE VORARBEIT FÜR DIE SCHAFFUNG DER PROLETARISCHDEMOKRATISCHEN ARBEITER - PARTEI AUF SICH GENOMMEN HAT !

SPENDET FÜR DEN KAMPFFOND !

SPENDET FÜR DEN KAMPFFOND !